



Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement Graubünden
Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient dal Grischun
Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente dei Grigioni

Tel. 081 257 27 02
info@ekud.gr.ch
www.ekud.gr.ch

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
Departementsvorsteher, Quaderstrasse 17, 7001 Chur

Per E-Mail

An die Adressaten gemäss Verteiler

Chur, 9. Januar 2024

Erlass eines Gesetzes über die Förderung und Finanzierung von Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung in Graubünden (Klimafondsgesetz, BKliG; BR 820.400)

Einladung zur Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Auftrag Wilhelm «Green Deal Graubünden – Klimaschutz als Chance nutzen» wurde die Regierung im Jahr 2019 beauftragt, einen umfassenden Aktionsplan vorzulegen, der konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sowie deren Finanzierung enthält. Zudem verlangte der Auftrag, die aus dem Aktionsplan resultierenden, notwendigen Anpassungen von gesetzlichen Grundlagen aufzuzeigen. Ziel des Auftrags ist es, die Verminderung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel effektiv und mit höchster zeitlicher Priorität anzugehen, denn der fortschreitende Klimawandel ist auch in Graubünden deutlich sicht- und spürbar.

Anlässlich der Oktobersession 2021 hiess der Grosse Rat die erste Etappe des Aktionsplans gut, so dass die umsetzungsbereiten Massnahmen (d. h. Massnahmen ohne Anpassungsbedarf der gesetzlichen Grundlagen, aber bis anhin ohne ausreichende finanzielle Mittel) starten konnten. Gleichzeitig wurden die rechtlichen Grundlagen für die weiteren Massnahmen und deren Finanzierung gemäss Auftrag Wilhelm ausgearbeitet. Der Grosse Rat hat zudem weitere Aufträge überwiesen, welche die Erarbeitung bzw. Anpassung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen betreffen (u. a. Auftrag Horrer betreffend Solaroffensive für Graubünden und Auftrag Wilhelm betreffend rascher Abbau von regulatorischen Hürden beim Förderprogramm im Bereich der Wärmeerzeugungsanlagen).

Das vorliegende Klimafondsgesetz und die Änderungen der bestehenden weiteren Gesetze setzen diese Aufträge um und bilden die zweite Etappe des Aktionsplans «Green Deal für Graubünden». Die Schaffung einer neuen Spezialfinanzierung «Bündner Klimafonds» ermöglicht die flexible Förderung und Finanzierung der nötigen Massnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Vorlage setzt dabei auf Freiwilligkeit und die Förderung von Massnahmen. Sie führt keine Gebote oder Verbote ein, um das Ziel «Netto-Null-Treibhausgasemissionen» bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Die Fördermassnahmen sind einerseits in den bestehenden, zum Teil im Rahmen der Vorlage revidierten Spezialgesetzgebungen enthalten. Andererseits etabliert das Klimafondsgesetz «eigene» Fördertatbestände, welche auf die Ziele des Klimaschutzes und der Klimaanpassung fokussieren. Der Kanton übernimmt zudem eine Vorbildfunktion und verpflichtet sich, für die Kantonale Verwaltung bis 2040 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Auch die Gemeinden werden eingeladen, dieses Ziel für ihre zentralen Verwaltungen anzustreben, soweit es ihre Ressourcen ermöglichen.

Mitberücksichtigt in der Vorlage werden weitere Themenfelder, welche in der parlamentarischen Debatte zur ersten Etappe des Aktionsplans Green Deal in der Oktobersession 2021 eingebracht wurden. Namentlich sind dies die Förderung von Projekten in den Bereichen Wasserstoff und Bauen mit Holz.

Die Regierung hat das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement mit der Durchführung der Vernehmlassung beauftragt.

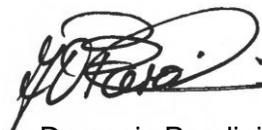
Die Vernehmlassungsunterlagen können Sie auf der Webseite des Kantons Graubünden (www.gr.ch > Publikationen > Vernehmlassungen > Laufende Vernehmlassungen) abrufen.

Wir laden Sie ein, Ihre Stellungnahme bis am 10. April 2024 über den online Fragebogen unter <https://gr.e-mitwirkung.ch/de/klimafondsgesetz> an das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement einzureichen.

Für Auskünfte steht Ihnen das Amt für Natur und Umwelt per E-Mail (greendeal@anu.gr.ch) gerne zur Verfügung.

Für Ihr Interesse und Ihre Mitwirkung danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse



Dr. Jon Domenic Parolini
Regierungspräsident

Vernehmlassungsadressaten:

- Bergbahnen Graubünden
- Birdlife
- Bündner Bauernverband
- Bündner Gewerbeverband
- Bündner Vereinigung für Raumentwicklung (BVR)
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Graubünden
- Departemente der kantonalen Verwaltung und Standeskanzlei
- Fachhochschule Graubünden (FHGR)
- Finanzkontrolle
- GastroGraubünden
- Gewerkschaft Medien und Kommunikation (syndicom)
- Graubünden Ferien
- Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden
- Hauseigentümergeverband Graubünden
- Hotellerie Suisse
- Interessensgemeinschaft öffentlicher Verkehr Ostschweiz
- Kantonale Pensionskasse Graubünden
- Mieterinnen- und Mieterverband Graubünden
- Mountain Wilderness
- Pädagogische Hochschule Graubünden (PHGR)
- Politische Gemeinden und Regionen
- Politische Parteien und Jungparteien
- Pro Bahn
- Pro Natura
- Pro Velo Graubünden
- Psychiatrische Dienste Graubünden (PDGR)
- Regionale Tourismusorganisationen DMO
- Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
- Tarifverbände (Arcobaleno, Ostwind, BÜGA, TransReno, EngadinMobil, TVDK)
- Touring Club Schweiz
- Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs im Kanton Graubünden (RhB, Bus Chur AG, Postauto Graubünden)
- Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz (SBB, SOB, Thurbo)
- Verband Bündner Beton- und Kiesindustrie (VBBK)
- Verkehrsclub Schweiz
- Verwaltungsgericht
- Wirtschaftsforum Graubünden
- WWF